Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA3.1: ~~Für eine soziale und demokratische Sportpolitik~~ Leipzig als (Breiten)Sportstadt erhalten - Nein zu Olympia.

Einreichender: Kilian Fürstenau

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig lehnt eine Beteiligung Leipzigs an einer Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele im Rahmen einer Bewerbung Berlin+ für 2036, 2040 oder 2044 grundsätzlich ab. ~~Dies gilt insbesondere für eine Beteiligung Leipzigs am Bewerbungskonzept Berlin+.~~

Der Stadtvorstand wird beauftragt, diese Position öffentlich zu vertreten und sich im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

2. Die Linke Leipzig solidarisiert sich mit Bündnissen und Initiativen, die sich gegen eine Olympiabewerbung und für eine demokratische Entscheidung darüber einsetzen. Dazu gehört insbesondere das Berliner Bündnis NOlympia und das Volksbegehren „Für Berlin, gegen Olympia. Wir sagen Nein zu einer Bewerbung um Olympische Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044!“

Der Stadtverband unterstützt solche Initiativen im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten.

3. Die Linke Leipzig fordert größtmögliche Transparenz im weiteren Bewerbungsprozess. Die Mitglieder des Stadtverbandes sollen frühzeitig über weitere Schritte, politische Entscheidungen, geplante Investitionen und finanzielle Verpflichtungen informiert werden, die eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung betreffen.

Dies gilt auch für zukünftige Vorhaben, Leipzig an einer Bewerbung um Olympische oder Paralympische Spiele zu beteiligen. Bevor sich der Stadtverband zu einem solchen Vorhaben positioniert oder dieses unterstützt, muss die Mitgliedschaft die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und darüber zu diskutieren.

4. Sollte der DOSB sich für das bereits eingereichte Bewerbungskonzept Berlin+ zur Bewerbung beim IOC entscheiden, setzt sich Die Linke Leipzig dafür ein, die ökologischen, sozialen und finanziellen Nachteile wie Risiken für die Stadt Leipzig zu verhindern oder auf ein Minimum zu reduzieren.

Bei durch eine Olympiabewerbung bedingten Investitionsentscheidungen setzt sich die Linke Leipzig stets für Funktionalität und Nachhaltigkeit vor Repräsentativität ein.

5. Für den Fall, dass sich der DOSB für eine andere Konzeption als Berlin+ zur Einreichung beim IOC entscheidet, setzt sich Die Linke Leipzig im Sinne der finanziellen und ökologischen Nachhaltigkeit dafür ein, die Nutzung der in Leipzig qualitativ und quantitativ

hochwertigen bestehenden Sportinfrastruktur im Rahmen etwaiger Olympischer Spiele anzuregen.

Dies gilt insbesondere dann, wenn die Durchführung des Wettbewerbs in Leipzig einen teuren und unsinnigen Neubau in anderen Städten vermeiden kann und betrifft insbesondere die Nutzung des Fußballstadions, der Handballarena und des Kanuparks Markkleebergs.

6. Die Linke Leipzig stellt sich entschieden gegen Kürzungen im sportpolitischen Bereich in den kommenden Haushalten und setzt sich für eine stärkere Priorisierung des Erhalts, der Sanierung und des Ausbau von Sportanlagen in Leipzig innerhalb und außerhalb des Vereinssports ein. Konkret soll der Breiten- und Spitzensport in Leipzig durch folgende Maßnahmen – unabhängig von Olympia – ausgebaut und gefördert werden:

a) Die Sanierung und den Anbau der Turnhalle in der Teichstraße.

b) Sanierung der Turnhalle in der Leplaystraße.

c) Erhalt ohne Kürzungen der aktuellen Maßnahmen der Stadt Leipzig für Sportangebote jenseits des Vereinssports im öffentlichen Raum, etwa von Skateparks und Sportfreianlagen.

~~4~~7. Die Stadtratsfraktion sowie die kommunalen Mandatsträger*innen der Linken Leipzig werden aufgefordert, die beschlossene Position des Stadtverbandes in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen und sich im Rahmen ihres Mandats gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

Auch kommunale Wahlbeamt*innen der Linken werden aufgefordert, diese Position im Rahmen ihrer rechtlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: